



HAMBURGS ENERGIEWENDE AUF ABWEGEN

BUSCHHOLZ AUS NAMIBIA



Nicht nur Brennholz.
Im Busch Namibias leben auch
Tiere wie Gnus oder der Hornbill.

Die Umweltbehörde will die Verbrennung von Steinkohle im Heizkraftwerk Tiefstack beenden. Dafür prüft sie, Holz von verbuschtem Weideland aus Namibia als Ersatzbrennstoff einzusetzen. Was nach einem für beide Seiten vorteilhaften Handel klingt, hat mit einer Energiewende aber nichts zu tun. Für den Holzexport will die namibische Regierung großflächig Sträucher, überwiegend Akazien, abholzen und kleingehäckselt oder zu Pellets verpresst nach Deutschland liefern.

Aber der Einsatz von Buschholz anstelle von Steinkohle ist alles andere als klimaneutral. Das Roden und Verbrennen von

Sträuchern und Bäumen setzt das darin gebundene CO₂ und andere Schadstoffe frei. Bis die Bäume nachwachsen vergehen Jahrzehnte. Auch die ökologischen Schäden in Namibia wären enorm. Die verbuschten Bereiche mit herabgefallenen Ästen und umgestürzten Bäumen sind ein wichtiger Lebensraum für Insekten und damit auch für Vögel und andere Tiere. Die Biotope sind umso wertvoller, je älter die Bäume darin sind.

Dazu kommt, dass, wenn ein Kraftwerk erst einmal auf Holzverbrennung umgerüstet ist, dies nicht einfach rückgängig gemacht werden kann und der Brennholznachschub auf lange Zeit gesichert sein muss. Und es geht nicht nur um Tiefstack: Bundesweit und weltweit ist für viele Kraftwerke die Umstellung auf Holzverbrennung in der Diskussion. Schon jetzt wird ein Drittel der deutschlandweiten Holzernte verbrannt.

Hamburg muss aus regionalen Energiequellen versorgt werden. Wir wollen nicht, dass für unseren Energiehunger der globale Süden als Rohstofflieferant ausgenutzt wird. Das heutige Namibia war unter dem Namen Deutsch-Südwestafrika eine Kolonie des deutschen Kaiserreiches, das den Völkermord an den Herero und Nama zu verantworten hat. Hamburg hat von der Ausbeutung in der Kolonialzeit besonders profitiert. Handelsstrukturen, die auf den Verbrechen von damals basieren, dürfen keine Neuauflage erfahren.

ps



BIOMASSE AUS NAMIBIA

Weitere Informationen sowie die Position des BUND Hamburg finden Sie unter www.bund-hamburg.de/namibia

ATOMTRANSPORTE – WENIG INTERESSE BEI HAMBURGER PARTEIEN

Auch wenn im nächsten Jahr die letzten Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen, wird es weiterhin gefährliche Atomtransporte durch Hamburg geben. Ein Großteil davon steht in Zusammenhang mit den Uranfabriken im niedersächsischen Lingen und im emsländischen Gronau. Diese Anlagen haben keine Betriebsbefristung und dürfen nach dem Willen der Bundesregierung weiterhin Uranbrennstoffe für AKW in aller Welt herstellen.

Im vergangenen Jahr forderte der BUND-Arbeitskreis Energie deshalb die Fraktionsvorsitzenden und die umweltpolitischen Sprecher*innen der Bürgerschaftsparteien auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Uranfabriken in Lingen und Gronau mit in den Atomausstieg einbezogen und somit stillgelegt werden. Die vielen Atomtransporte von und hin zu den genannten Standorten würden dadurch beendet.

Das Ergebnis war ernüchternd: Nur Stephan Jersch von der Partei DIE LINKE sprach sich für eine Stilllegung von Gronau und Lingen aus. Die Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN und der CDU, Dominik Lorenzen und Dennis Thering sehen keine gesetzliche Handhabe, den Transport radioaktiver Stoffe auf Hamburger Stadtgebiet zu untersagen. Der umweltpolitische Sprecher der SPD, Alexander Mohrenberg, äußerte sich nicht explizit zu einem Verbot, erwartet aber ebenso wie die CDU, dass das Thema angesichts der Atommüll-Lagerung noch an Brisanz gewinnen wird. Der BUND-AK Energie wird sich daher weiter für einen "echten" Atomausstieg einsetzen.

Frauke Kohrs



ATOMTRANSPORTE

Die Antworten der Politiker (richtig, es hat keine Frau geantwortet) und Hintergründe finden Sie unter www.bund-hamburg.de/atomtransporte